

Sächsische Volkszeitung

erschint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Preis 25 Pf. (ohne Postgeb.) für Sachsen. Preis 35 Pf. (ohne Postgeb.) für Ostpreußen, Litauen und Posen. Preis 45 Pf. (ohne Postgeb.) für die übrigen Provinzen. Druckort: Dresden. Verantwortlich: Carl Böckmann. Redaktions- und Verlagsamt: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1906.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit

Inserate werden die 6. Spalte. Beilagen ab dem 1. Januar mit 15 Pf. (ohne Postgeb.) für Sachsen, mit 20 Pf. (ohne Postgeb.) für die übrigen Provinzen. Druckort: Dresden. Verantwortlich: Carl Böckmann. Redaktions- und Verlagsamt: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher Nr. 1906.

Der Lärm über geistliche Wahlbeeinflussungen.

Zwei volle Tage lang hat sich der Reichstag bei der Wahlprüfung mit dem Lärm der Rinken über die Wahlbeeinflussungen durch die Geistlichen befaßt. Man wird aber nicht sagen können, daß die Angelegenheit gut abgehandelt worden. Denn alle Einzelfälle, die sie vorgebracht haben, sind sofort vom Zentrum widerlegt worden. Es zeigte sich, mit welcher Leichtfertigkeit die Linke Anklagen erhebt, wenn es gegen katholische Geistliche geht; da wird nichts mehr geprüft, so wird jede Schandgeschichte geglaubt, selbst der größte Nörgler wird da noch auf die Reichstagstribüne gebracht. So hat sich ein Abgeordneter nicht getraut, die Schandgeschichte nachzuerzählen, daß ein katholischer Religionslehrer seinen Schülern gesagt haben soll, sie möchten den Eltern sagen: Wenn der liberale Kandidat gewählt werde, so müßten die Katholiken protestantisch werden oder man schneide ihnen die Köpfe ab! Und über jedes handgreifliche Unstüm soll der Reichstag noch Beweis-erhebung fordern? Er würde sich ja nur lächerlich machen, wie es mit Recht ein protestantischer Abgeordneter hervorhob. Während also alle Anklagen gegen die katholische Geistlichkeit sich als unwahr herausstellten, ließen diese Kulturkämpfer die protestantische Geistlichkeit ganz ungehindert und doch kommen dort Dinge vor, die nicht sehr erbaulich sind. Noch im Jahre 1903 hat ein protestantischer Geistlicher in Württemberg in einer öffentlichen Wählerversammlung ausgerufen: „Lieber den Teufel wählen als einen Zentrumsmann; lieber in die Hölle kommen als in den Zentrumshimmel!“ Eine Kritik solcher fanatischer Verhetzung ist überflüssig.

Aber besteht denn eine geistliche Wahlbeeinflussung überhaupt, weil die Linke so viel davon redet? Es ist ganz klar, daß der Geistliche durch seine Person und seine ganze Stellung in jeder Gemeinde einen erheblichen Einfluß hat; wie er sich in politischen Fragen verhält, so folgen ihm ohne weiteres viele Wähler, schon aus dem einfachen Grunde, weil letztere nicht Zeit und Gelegenheit haben, sich so eingehend mit der Politik zu befaßen. Sie wissen auch, daß der Geistliche durch seine politische Stellungnahme nichts für sich herauszulegen will, da weder höhere Gelehrte noch vermehrte Arbeiterkassen ihm persönlich etwas nützen. Man weiß, daß der Geistliche wahrhaft ungenutzte Positiv treibt und nur ideale Ziele verfolgt. Wer so dachtet, hat ungeachtet schon einen großen Einfluß und eine zahlreiche Gefolgschaft. Dem Gelehrten ist dies freilich ein Dorn im Auge, sofern der Geistliche nicht für ihn — in der Stichwahl wenigstens — eintritt, wie es in Regensburg geschah, wo der Freisinn ganz begeistert war, ob dieser Hilfe der „hochwürdigen Geistlichkeit“. Der freisinnige Kandidat hat dieser ja ehrsüchtig keinen Dank ausgesprochen.

Aber der Geistliche hat nicht nur das staatsbürgerliche Recht, sich wie jeder ein Wahllokale zu kümmern, sondern er kann unter Umständen verpflichtet sein, hier einzugreifen. Denn die Parlamente befaßen sich nicht nur mit rein politischen Fragen, wie Flottenvermehrung, Militärwesen usw., sondern es stehen auch sozialpolitische und religiöse Dinge zur Erörterung. In sozialpolitischer Hinsicht vertritt die Kirche und der Geistliche stets den Schutz der wirtschaftlich Schwachen und in religiösen Fragen hat der Clerus ein erstes Recht, gehört zu werden. Wir erinnern nur an die Schlußfrage, an die Freiheit der Religionsübung. Es kann dem Richter nicht gleichgültig sein, wie das Schulwesen organisiert wird, ob es christlich ist oder atheistisch, er ist berufen, die Kinder auf religiösem Gebiete zu erziehen und da muß er sich zur Wehre setzen, wenn die Schule ihm entgegenarbeitet oder das Parlament Gesetze schafft, welche die Ausübung der religiösen Pflichten hindern oder erschweren. Wenn der Geistliche deshalb bei Wahlzeiten kein ganzes Gewicht dahin in die Waagschale wirft, daß ein christlich gesinnter Kandidat gewählt wird, kann ihm niemand einen Vorwurf machen!

Die Gegner neben dies auch indirekt zu; sie fliehen nur auf Gebiete, auf die man ihnen nicht folgen kann. Es kommen allerlei Reichstagsgeschichten zum Vorschein; man erzählt im Reichstage, der Geistliche habe im Reichstuhle Männer zu bereuen gesucht, für das Zentrum zu stimmen, ja, er habe auch auf Frauen eingeredet, ihre Männer dahin zu beeinflussen! Solche Geschichten lauten immer und immer wieder auf; aber sie lassen sich nie auf ihre Richtigkeit prüfen. Einmal steht fest, daß ein ordentliches Reichstagsmitglied aus der Reichstagskammer nicht aussteigt, und dann kann der Geistliche sich ja wehren, weil er strenges Stillschweigen über alles zu wahren hat, was er in der Reichstagskammer erfahren hat. Da kann man, so wie die Wahrheit ermittelt, Alles, was sich über den Reichstuhle im Reichstage geredet wird, in und bleibt ein seitig und eine politische Körperlichkeit sollte sich mit solchen Redereien gar nicht weiter beschäftigen, das ist derselben unwürdig wie sie auch nicht berufen ist, der Oberbrenner für den Clerus zu sein. Wer sich durch seinen Sockelgerock gekränkt fühlt, geht zum Bischof, nicht aber an der Reichstagskammer.

Man reden diese Liberalen auch viel über den Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken. Aber auch hier kommt sie keine Beweise anführen. Der Geistliche hat das Recht und nach der Lage der Sache sogar die Pflicht, auch auf der Kanzel allgemeine politische Fragen zu behandeln;

er darf hinweisen auf die Pflichten gegenüber dem Staate, denn „geht den Kaiser, was des Kaisers ist“. Er darf auch über die Wichtigkeit einer Wahl, die Notwendigkeit, sein Wahlrecht auszuüben, und er darf hervorheben, daß die Wahl christlich gesinnter Männer in das Parlament eine Notwendigkeit ist. Da kann ihm niemand entgegenreden und sagen, daß dies nicht auf die Kanzel gehöre. Wenn unsere Kirche im Parlament ausgeübt wird, müssen dort auch Leute sein, die sie unterstützen. Die Liberalen aber gehören zu den besten Verteidigern, in dem Maße, in dem sie die Angelegenheit im Parlament ausgeübt wird, müssen dort auch Leute sein, die sie unterstützen. Die Liberalen aber gehören zu den besten Verteidigern, in dem Maße, in dem sie die Angelegenheit im Parlament ausgeübt wird, müssen dort auch Leute sein, die sie unterstützen.

Es heißt man also, wie man auch die Angriffe auf untern Clerus sind; sie werden auch keinen anderen Erfolg haben als daß die katholischen Männer sich nur noch dicker und noch im besondern Maße und sich zur Seite setzen. Er tut das, weil sie wissen, daß sie dann, auf jeder Bahn sich befinden. Das ist für sich und die Linke hierdurch in jeder Beziehung an seinen Folgen. Viel Feind, viel Ehr! Das ist auch in solchen Fragen für den katholischen Clerus, den man als einen derartigen Feind in der Gegenwart gegen solche unüberprüfte Angriffe

Deutscher Reichstag.

k. Berlin, 22. Sitzung am 21. November 1906.

Auf der Tagesordnung steht der Besetzungswahl betreffend den Beschäftigungsanweisung im Bergwerke.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Abg. Wallatke (Kons.): Gegen den Entwurf hatten wir zuerst Bedenken und forderten den Beschäftigungsanweisung, aber wir nahmen die Sache als Abfertigung an und nahmen das Gesetz an. Der Resolution betr. Bauarbeiterbeschäftigung stimmten wir nicht zu.

Politische Mundschau.

Dresden, den 22. November 1906.

Das dänische Königspaar reiste am 20. d. M. 11 Uhr 35 Minuten abends von Berlin nach Kopenhagen ab, vom Kaiserpaar zur Bahn geleitet. Außerdem erschienen am Bahnhof der Kronprinz, Prinz Oskar, der dänische Gesandte und das Gesandtschaftspersonal. Die Verabschiedung der Majestäten war überaus herzlich. Auf dem Wege zum Bahnhof brachte eine große Volksmenge den Majestäten andauernde Glückwünsche dar.

Infolge des Erfindens des Kolonialdirektors Dernburg begab sich der Altonaer Rechtsanwalt Levi, der im Auftrage von Akwa die Sache der Kolonialverwaltung vertritt, nach Berlin, um sich mit Dernburg über die Maßnahmen betreffend

die Rechtsmittel gegenüber dem über die Altonaer gefällten Urteile zu beraten. Dernburg teilte dabei mit, daß bei der Kolonialverwaltung nur das Urteil eingegangen sei, die Urteilsbegründung aber noch ausstehe.

Der neue Landwirtschaftsminister von Arnim hat bis jetzt eine „gute Presse“; man ist rechts und links mit ihm zufrieden und hofft viel von ihm. Die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Der Nachfolger des Staatsministers von Podbielski hat in praktischen Fragen der Landwirtschaft ein hervorragendes Verständnis bewiesen. Es ist zu hoffen, daß er sich dementsprechend auch als Wirtschaftspolitiker bewähren wird.“ Daß der neue Minister in allen wichtigen Punkten in den Spuren seines Vorgängers geht, ist sicher; aber es kommt im politischen Leben eben auch viel darauf an, wie man eine Sache macht. Daß Podbielski es nicht verstanden hat, sich bei der städtischen Bevölkerung beliebt zu machen, ist zutreffend; er war vielmehr hier geradezu verhasst. Nicht so sehr seine Wirtschaftspolitik hat diese Stimmung erzeugt, als seine Art und Weise, wie er diese vertrat; seine schlechten Worte über die Kleinrenter, über die Einschränkung der Haushaltung und so weiter haben hier sehr böses Blut gemacht. Man anerkennt auch in den Städten, daß unsere Landwirtschaft reichlich sein muß, und daß eine blühende Landwirtschaft die beste Abnehmerin unserer Industrie ist. Aber es berührt hier doch sehr peinlich, wenn man sich an leitender Stelle über die Klagen der Städte mit einem Eherz binneneht. Wir hoffen vom neuen Landwirtschaftsminister, daß er solche Fragen mit mehr Ernst behandelt und daß er bei allem notwendigen Schutz der Landwirtschaft auch die Interessen der Kleinrenter im Auge hat.

Die Kolonialdebatten im Reichstag beginnen am Montag, wenn der Ratstraktat über die Eisenbahn Subsidienkonvention vorliegt.

Interpellation über die Polenfrage. Das Zentrum hat es in seiner letzten Fraktions Sitzung abgelehnt, die Interpellation über die Polenfrage in der Reichstagskammer zu stellen und die Zwangsregierung der freireichlichen Parteien zu unterzeichnen; das Zentrum hat dagegen beschlossen, eine eigene Interpellation in dieser Sache einzubringen, weil es sich um eine wichtige prinzipielle Frage handelt, das Elternrecht der Erziehung der Kinder.

Tippelisch-Vertrag. Maximilian Harden weiß in der „Zukunft“ zu berichten, daß der Vertrag der Kolonialverwaltung mit der Firma v. Tippelisch u. Co. vom Kolonialdirektor Dernburg in aller Stille friedlich gelöst worden ist. In der letzten Zeit so viele falsche Kolonialnachrichten verbreitet werden, so dürfte es auch hiernächst nicht am besten stehen, daß die Firma Tippelisch noch Lieferungen für die Kolonie besorgt, steht fest; aber vielleicht hat sie dies im freien Wettbewerb erhalten. Jedenfalls wird man im Laufe dieser Woche Näheres über die Sache erfahren.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ veröffentlichen eine Unterredung des Kaisers mit dem Schriftsteller Dr. Claughofer. Der Kaiser erklärte darin, er sei durch und durch Optimist und werde es bis an sein Lebensende bleiben. Er sprach sich selbst einen Mann, der von Arbeit erfüllt ist und an seine Arbeit glaubt und fügte hinzu: „Ich will vorwärts kommen, ich würde mich sehr freuen, wenn man das, was ich will, recht verstehen wollte und mich dabei unterstützen wollte.“ Man komme mit einem guten Stück Optimismus sowohl im eigenen Leben als bei den Berufsarbeiten weiter, als wenn man alle Dinge mit pessimistischen Augen ansieht. Das deutsche Volk habe doch eine Zukunft und da sei es ein Wort, das ihn immer fränke, so oft er es hört, das sei das Wort: Mideverdroffenheit. Er arbeite ja auch unverdroffen und glaube, daß er dabei vorwärts komme. Weiter äußerte sich der Kaiser über seine Reisen, die er mache, weil er das Bedürfnis habe, von der Fülle und Schwere der Pflichten seiner Arbeiten auszulassen. Solche Erfindungen habe man doppelt nötig, wenn man gegen viele Mißverständnisse zu kämpfen hat. „Gelingt mir etwas, so sagt alle Welt: Wer hat ihm das geraten? Weshalb mir etwas, so heißt es: Er hat es nicht verstanden. Bei Dingen, die man bei anderen Fürsten als selbstverständlich betrachtet, fragt man bei mir: Warum, und die einzige Antwort kann doch nur sein: Weil ich für das deutsche Reich und für das deutsche Volk das Gute will.“

Die künftigen Pläne für Südwestafrika erzählt man aus einer Denkschrift des Generalstabes über den Fortgang des Aufstandes; aber es ist nicht viel Erfreuliches, was sich hier kund tut! Früher hörte man immer von ganz erheblichen Truppenverminderungen; jetzt liest man, daß man nicht daran denken dürfe, den eigentlichen Krieg für beendet zu erklären und zur Stationarität überzugehen, da dadurch nur ein neues Aufleben des Aufstandes provoziert werde! Der für die Führung des Krieges allein verantwortliche, am Feinde stehende Truppenbefehlshaber — also Oberst Leimling! — sei der Ansicht, daß der Krieg nach der bisherigen Methode zu Ende geführt werden müsse und könne. Nötig sei es vor allen Dingen, die Unterfunkst und Verpflegung der Truppen besser zu organisieren. Dazu set unbedingtes Erfordernis die Fortführung der Bahn von Aubus bis Keetmanshoop. Sie werden es dann ermöglichen, von dem zahlreichen Personal, das jetzt diesen Etappenweg deckt (61 Offiziere und 1360 Mann), den größten Teil zu ersparen und dadurch eine Gerabhebung der Schutztruppe herbeizuführen. Herrns Lindequists Pläne sollen also für